

Mohssen Massarrat
September 2010

Arbeitszeitverkürzung

Hegemoniales Gegenprojekt zum Neoliberalismus und zur Massenarbeitslosigkeit

Abstract

Die Wachstumsressourcen sind in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten längst an ihren Grenzen gestoßen. Daher geriet auch das klassisch keynesianische Akkumulationsmuster in eine Funktions- und Legitimationskrise. Der Neoliberalismus, der sich als Alternative durchsetzte, rief noch mehr Arbeitslosigkeit hervor und entpuppte sich letztlich als ein Akkumulationsmodell, das eine gigantische Umverteilung von unten nach oben heraufbeschwor und schließlich die zweite Weltwirtschafts- und Finanzkrise auslöste. Es ist daher an der Zeit, dem Neoliberalismus durch flächendeckende Arbeitszeitverkürzung den sozialen und politischen Boden zu entziehen und damit die Grundvoraussetzungen für umfassende sozialökologische Reformen zu schaffen.

Die bürgerlichen Parteien befinden sich gegenwärtig in einer Identitäts- und Vertrauenskrise, nicht nur in Deutschland. Mit ihrer Politik Wachstum, Wachstum und nochmals Wachstum als Antwort auf die Finanzkrise, auf Massenarbeitslosigkeit, sinkende Masseneinkommen und steigende Armut reißen sie offensichtlich niemanden mehr vom Hocker. Schließlich haben sie in den letzten vierzig Jahren, davon fast fünfzehn Jahre zusammen mit der neoliberalisierten Sozialdemokratie, sogar im hegemonialen Konsens Wachstum gepriesen, die Reichen entlastet, jedoch die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigt, sondern vervielfacht und dazu noch die zweite Weltwirtschafts- und Finanzkrise heraufbeschworen. Die deutsche Sozialdemokratie stößt inzwischen auf etwas mehr Wählerzustimmung, weil sie gegenwärtig dabei ist, sich aus dem Sumpf des Neoliberalismus herauszuziehen, in den sie sich selbst hinein vergaloppiert hatte. Ob es ihr gelingt, zu einer modernen und zukunftsfähigen Reformpartei zurückzufinden, bleibt allerdings offen.

Welche Antwort haben aber die Linken in ihrer ganzen Breite, aber auch die Partei der „LINKEN“ auf die gegenwärtigen Herausforderungen, nachdem das neoliberale Projekt weltweit einen sozialen und ökologischen Scherbenhaufen hinterlassen hat? Hier befindet sich offensichtlich noch vieles im Fluss. Die Grünen favorisieren den „Grünen New Deal“ als ihr strategisches Projekt und scheinen offensichtlich die soziale Frage, insbesondere das Problem der Massenarbeitslosigkeit, aus den Augen verloren zu haben. Zwar sind innerhalb der Partei „Die LINKE“ Bestrebungen für ein umfassendes sozialökologisches Programm erkennbar, es sind jedoch Zweifel angebracht, ob die zur Diskussion gestellten Ansätze zu einem politischen Handeln weit über das ganze linke Spektrum hinaus führen können. In einem Beitrag versucht - um ein Beispiel zu nennen - Ralf Krämer, Mitglied der Programmkommission der LINKEN, in Abgrenzung von wachstumskritischen Positionen innerhalb der Linken, die Elemente eines Programms zu entwickeln, die „für Durchsetzungschancen linker Politik und einen sozialökologischen Umbau“ von zentraler Bedeutung sind und die auch gewährleisten sollen, „dass die Gewerkschaften und die Mehrheit der abhängig Beschäftigten für eine solche Politik gewonnen werden“. ¹ Der sozialökologische Umbau muss jedoch nach Krämer verbunden werden „mit Abbau der Arbeitslosigkeit, der Sicherung der Einkommen der Beschäftigten, der Schaffung guter neuer Arbeit für diejenigen, deren Arbeitsplätze im Zuge eines ökologischen Umbaus verloren gehen [...] Eine solche linke Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik bedeutet aber BIP-Wachstum, und es wäre unernsthaft und falsch, dies zu leugnen oder zu verschweigen.“² Diese Argumentation steht sicherlich in der Tradition der gewerkschaftlich orientierten Linken und ist nicht nur deshalb Ernst zu nehmen, sondern weil sie auch den ökologischen Umbau über den klassisch linkskeynesianischen Ansatz hinaus in eine gesellschaftspolitische Alternative integrieren will. Doch wirft dieser Ansatz neue Fragen auf, bevor er überzeugende Antworten auf die gegenwärtigen

¹ Krämer, Ralf 2010: Wachstumskritik oder sozialistische Politik?, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2010 :.22

² Ebenda:22f.

Herausforderungen der Massenarbeitslosigkeit und der ökologischen Krise liefert:

Erstens bedarf es einer plausiblen Erklärung dafür, wie es dazu kommen konnte, dass die rot-grüne Koalition ziemlich genau mit der von Krämer für die Zukunft favorisierten Strategie 1998 die Wahlen haushoch gewonnen hat, aber dann, mit dem ihr erteilten Vertrauen im Rücken, in den Sog des Neoliberalismus hineingeraten ist und nicht nur die Massenarbeitslosigkeit und die ökologische Krise verschärft, sondern mit ihrer Agendapolitik auch den größten Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland betrieben hat. Und was begründet die Gewissheit, dass eine rot-rot-grüne Koalition mit einer von Krämer vorgeschlagenen sozial- ökologischen Programmatik sich aus dem neoliberalen Kontext herauslösen und einen qualitativen Politikwechsel durchsetzen könnte? Und *zweitens* sollte eine Politik, die zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit auf Wachstum setzt, nicht verschweigen, woher das Wachstum mit Raten von 4-5% jährlich, die über einen längeren Zeitraum dazu erforderlich wäre, eigentlich kommen sollte?

Krämer lässt nicht nur diese Fragen offen, er vertröstet auch die linken Wachstumskritiker hinsichtlich einer echten naturverträglichen Wirtschaft auf die Zeit nach der „Überwindung der kapitalistischen Eigentums-, Produktions- und Verteilungsverhältnisse.“³ Auch „die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit“ hält Krämer erst unter den neuen nichtkapitalistischen Bedingungen für ein „zentrales Element“, da dann die Entwicklung des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) „keine wichtige Rolle mehr (spielt), weil bzw. wenn die Steigerung der Einkommen kein vorrangiges Motiv und Bedingung größeren Wohlstands mehr ist.“⁴ Diese Sicht auf eine Reformperspektive vertagt die historischen Antworten auf die großen Herausforderungen der Massenarbeitslosigkeit und der ökologischen Krise, in der Konsequenz auf die postkapitalistische Ära. Erforderlich ist jedoch die Perspektive für einen Politikwechsel, der jetzt stattfinden müsste, nachdem der Neoliberalismus inhaltlich gescheitert

³ Ebenda:20

⁴ Ebenda:16

und daher die Zeit dafür reif ist, ihn auch politisch zu entmachten. Erforderlich ist dazu allerdings ein *hegemoniefähiges sozialökologisches Projekt*, das imstande ist, die gesellschaftlichen Kräfte zur Ablösung des Neoliberalismus zu bündeln. Um eine derartige Perspektive zu skizzieren bedürfte es m. E. folgender analytischen Schritte, die Gegenstand dieses Beitrags sind:

Erstens die Reflexion der historisch veränderten Rahmenbedingungen, die zur Ablösung des Keynesianismus durch den Neoliberalismus führten. *Zweitens* die Analyse der Grundzüge des hegemonialen Projektes des Neoliberalismus und *drittens* die Begründung eines sozialökologischen Gegenprojekts zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und zur Wachstumsumschichtung.

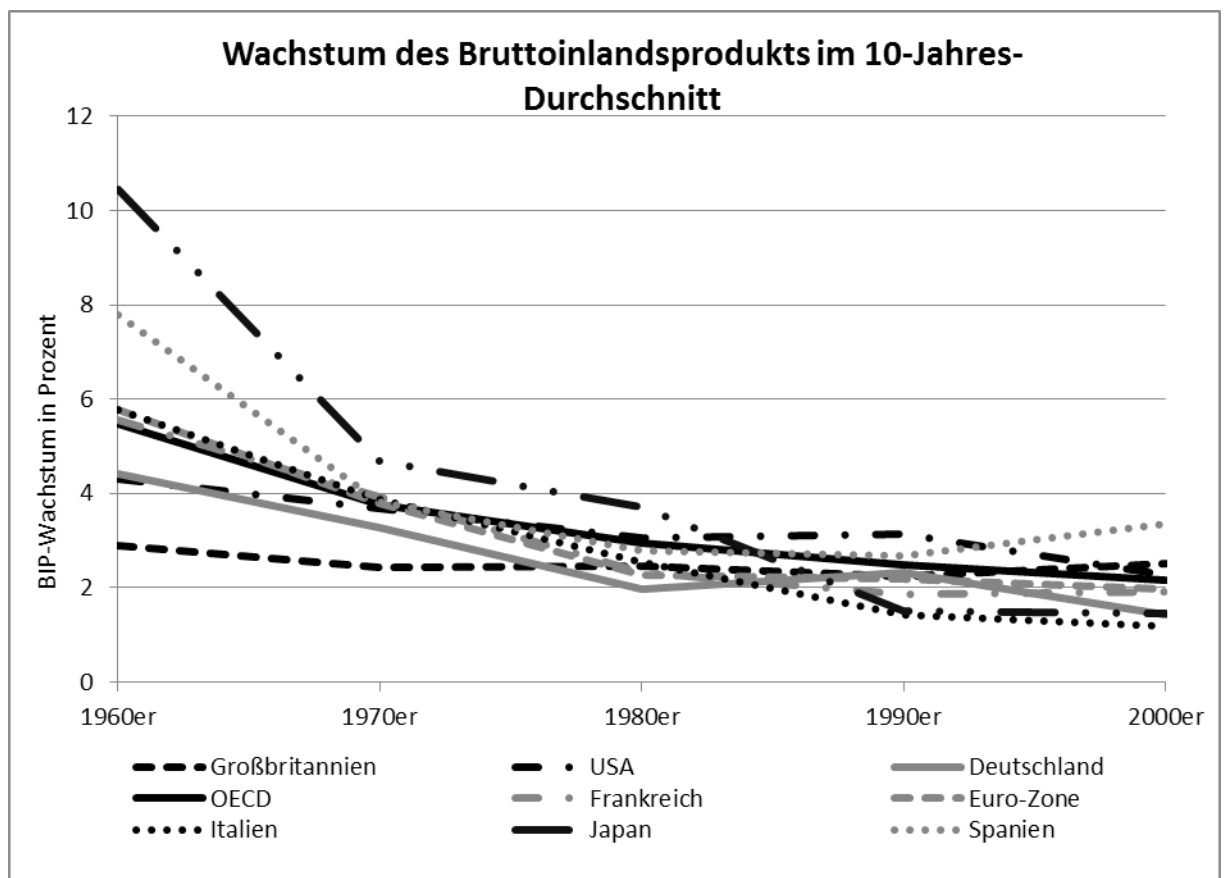
Die goldenen Wachstumsjahre und ihre Grenzen

Die drei Jahrzehnte zwischen 1950 und 1980 waren unbestritten nahezu in allen kapitalistischen Staaten die „Goldenen Wachstumsjahre“. Durchschnittliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes in diesem Zeitraum von jährlich über 5%, in Japan sogar über 10%, waren so gut wie selbstverständlich (s. Graphik 1). Für diese Entwicklung waren mehrere Faktoren verantwortlich: *Erstens* beträchtliche Wachstumsressourcen, *zweitens* die *Keynesianische Wirtschaftspolitik*, die sich zur Mobilisierung der Wachstumspotentiale als sehr wirkungsvoll erwies, *drittens* eine beträchtliche Nachfrage zur Befriedigung der Grundbedürfnisse nach Jahrzehnten der Entbehrungen als Folge der beiden Weltkriege, *viertens* die Entwicklung der Demokratie und vor allem die Stärkung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht und schließlich *fünftens* eine moderne Sozial- und Wohlfahrtspolitik, die die Massenkaufkraft sukzessive an hob.

In der Nachkriegsepoche waren Wachstumsressourcen, wie Rohstoffe und Energieträger, neue Technologien, Arbeitskräfte, hohe Motivation und Kreativität überall in den Industriestaaten reichlich vorhanden. Zu

erwähnen ist hier ganz besonders die Substitution der Kohle durch importiertes Billigöl als ein nicht zu vernachlässigender Wachstumsfaktor. Auch ganze Industriezweige lagen als Folge der Zerstörungen durch den zweiten Weltkrieg brach, die nach einem Wiederaufbau verlangten. Hinzu kam ein großes Angebot an Qualifikationen, an Erfahrungen und an einer Kultur des Aufbruchs. Unter diesen einmalig günstigen Bedingungen eines regelrechten Wachstumshungers bedurfte es einer effizienten Wirtschaftspolitik, die imstande war, auch die Kapitalressourcen zu mobilisieren und diese mit den materiellen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Ressourcen profitbringend zu kombinieren. Für die gewünschte Wirtschaftspolitik hatte Keynes längst die theoretischen wie instrumentellen Grundlagen geschaffen.

Graphik 1



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von World dataBank und für Deutschland bis 1990: Statistisches Bundesamt

Mit Hilfe von Staatsausgaben (Kern der keynesianischen Wirtschaftspolitik) wurden sowohl konjunkturelle Krisen abgeschwächt (antizyklische Konjunkturpolitik) wie aber auch potentiell verfügbare Ressourcen für den jeweils anstehenden Strukturwandel mobilisiert und neue Wachstumsprozesse in Gang gesetzt. Dieses Modell funktionierte jedoch nur so lange, wie eine Refinanzierung der Staatsschulden durch Wertschöpfung und zurückfließende Steuereinnahmen sichergestellt werden konnte. Tatsächlich war das keynesianische Kreislaufs- und Wachstumsmodell bis in die 1970er Jahre erfolgreich und der Keynesianismus das dominierende Theoriegebäude und Handlungsmuster. Doch Ende der 1970er Jahre waren die „Goldenen Wachstumsjahre“ - mit einer Ausnahme⁵ - in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern mehr oder weniger zeitgleich zu Ende, offensichtlich weil zum einen die einst als unerschöpflich erschienenen Wachstumsressourcen zur Neige gegangen waren und zum anderen der ursprünglich große Konsumhunger in Konsumsättigung⁶ überging:

Bereits 1972 hatte der *Club of Rome* mit seinem ersten Bericht anschaulich auf die *Grenzen des Wachstums* hingewiesen. Die materiellen Wachstumsressourcen aller relevanten Wachstumssektoren zum Aufbau von Industrieanlagen, Wohnsiedlungen, den dazugehörigen Straßen, Autobahnen und sonstiger Infrastruktur waren – und dies vor allem im dicht besiedelten Europa - weitestgehend erschöpft; auch die zulässigen Grenzen für viele Schadstoffe längst überschritten. Ebenso wurde das Arbeitskräftepotential überall knapp – in Westdeutschland sogar trotz millionenfacher Zuwanderung aus der DDR und den ehemals deutschen Ostgebieten. Alle entwickelten Volkswirtschaften waren daher gezwungen, ausländische Arbeitskräfte anzuwerben und zu beschäftigen. Es herrschte weitgehend Vollbeschäftigung und sogar ein Nachfrageüberhang auf den Arbeitsmärkten.

⁵ Nämlich der USA. Hier schwanken die Wachstumsraten weniger drastisch als im Falle von Europa und Japan und zwar aus zwei Gründen: Erstens weil der ökonomische Einbruch während des Krieges weniger dramatisch war und zweitens die USA auf Grund des deutlich größeren Territoriums und geringerer Bevölkerungsdichte auch weiterhin über hinreichend Wachstumsreserven verfügen.

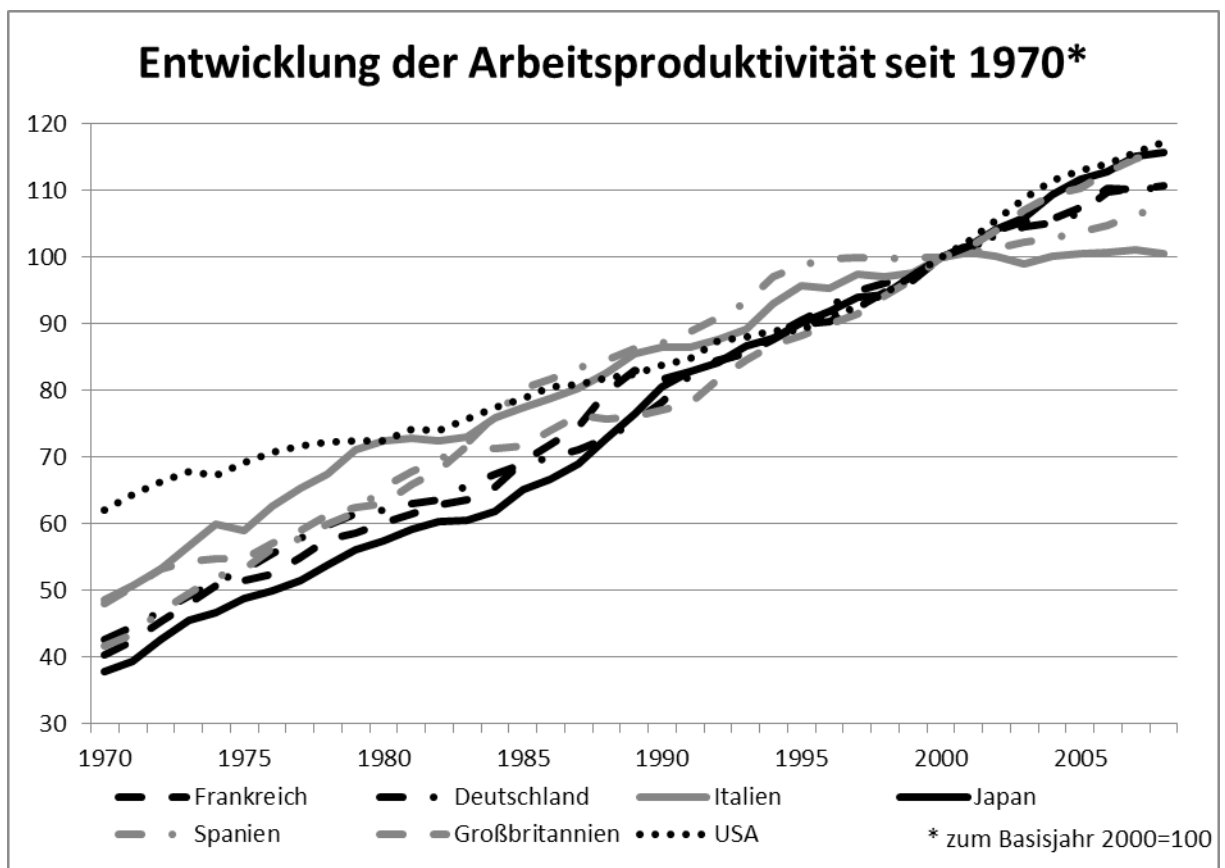
⁶ Zur ausführlichen Darlegung der Konsumententwicklung siehe Reuter, Norbert 2009: Stagnation im Trend, in: Wissenschaft und Umwelt Interdisziplinär 13/2009

Mit Beginn der 1980er Jahre stellte sich immer deutlicher heraus, dass die klassische keynesianische Wirtschaftspolitik nicht mehr funktionierte, ja im Grunde an ihre Grenzen gestoßen war. Der Motor dieses Wachstumsmodells, nämlich die Refinanzierung wachsender Staatsverschuldung durch neue Wachstums- und Wertschöpfungsquellen, musste ins Stocken geraten, nachdem eben diese Quellen zur Neige gegangen waren. Versuche, durch Erhöhung weiterer Staatsausgaben und Schulden die Wachstumsdynamik aufrechtzuerhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen, führten zu mehr Inflation, ohne jedoch die Stagnation überwinden zu können (Stagflation). Zwar hatte der Keynesianische Kapitalismus die Vollbeschäftigung, die Schaffung eines neuartigen Sozialstaates und starke Gewerkschaften begünstigt. Das bis dato herrschende *extensive Wachstumsmodell* (horizontal ausgerichtete Erweiterung bereits bestehender Produktions- und Investitionsmuster oder annähernd gleichbleibende organische Zusammensetzung des Kapitals bei Dominanz der absoluten Mehrwertproduktion, um es mit Marxens Kategorien zu beschreiben) war jedoch definitiv an seinem Ende angelangt.

Die *dritte industrielle Revolution*, durch den Einsatz elektronischer Kommunikationstechnologien in Gang gekommen, war - so könnte man diese Entwicklung durchaus auch deuten - die historische Antwort des Kapitals auf den klassischen Keynesianismus, auf Vollbeschäftigung und steigende Stückkosten, auf die stark gewordenen Gewerkschaften und den Ausbau des Sozialstaates. Auf dieser Grundlage, eben der neuen technologischen Potentiale der Produktivitätssteigerung, wurde in den 1970er Jahren das bestehende *Extensive Wachstumsmodell* durch das *Intensive Wachstumsmodell* (auf Rationalisierung und Produktivitätssteigerung bzw. steigende organische Zusammensetzung des Kapitals und auf die Dominanz der relativen Mehrwertproduktion ausgerichtete Investitionsmuster) abgelöst. Beruhte die Produktivitätssteigerung im extensiven Akkumulationsmodell im wesentlichen auf effizienterer Nutzung von Ressourcen durch Maßnahmen im Bereich der Organisation und des Betriebsablaufs, so

wurde im neuen intensiven Akkumulationsmodell eine steigende Produktivität vor allem durch technologisch bedingte Rationalisierung erzielt. Die Produktivitätssteigerung blieb somit das gemeinsame Merkmal beider Modelle und setzte sich, ungeachtet sinkender Wachstumsressourcen, auch im intensiven Modell fort. (Graphik 2).

Graphik 2



Quelle: OECD.Stat Extracts: stats.oecd.org

Verpasste Chancen

Die Produktivitätssteigerung rief zwar ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts hervor, vernichtete aber gleichzeitig und sukzessive auch Arbeitsplätze. Da jedoch mit Beginn der 1970er Jahre in allen hoch entwickelten kapitalistischen Ländern, wie die Graphik 1 veranschaulicht, auch Wachstumsreserven dramatisch zu schrumpfen

begannen und es fortan unmöglich geworden war, die wegfallenden Arbeitsplätze wie bisher durch Wachstum zu ersetzen, wurde die anhaltende Massenarbeitslosigkeit zum alles überragenden Merkmal des neuen intensiven Akkumulationsmodells. Die Keynesianer verpassten allerdings die historische Chance, den Keynesianismus – übrigens ganz im Sinn von Keynes selbst, der früh genug sowohl erschöpfende Wachstumsressourcen wie steigende Produktivität vorausgesagt hatte⁷ – rechtzeitig der neuen Situation anzupassen und eine an die Produktivitätssteigerung gekoppelte Politik der Arbeitszeitverkürzung - wie von Keynes als Lösung gedacht wurde - zu formulieren. Ebenso versäumten auch Gewerkschaften und linke Parteien ihrerseits, ihre historisch einmalige politische Stärke als Chance zu begreifen und eine Strategie der sukzessiven Arbeitszeitverkürzung auf die wirtschafts- und die sozialpolitische Agenda zu setzen. Dies war unter den Bedingungen schrumpfender Wachstumsressourcen im Grunde der einzig realistische Weg, um die einmal erreichte Vollbeschäftigung und um soziale Errungenschaften zu halten, letztere sogar auszubauen sowie die eigene politische Stärke zu verteidigen. Dieser Weg wurde jedoch – von Ausnahmen wie der gesetzlichen Regelung der 35-Stundenwoche der Mitterrand-Regierung in Frankreich und der 35-Stundenwoche in der verarbeitenden Industrie in Deutschland einmal abgesehen - nicht gegangen, und zwar offensichtlich deshalb, weil Gewerkschaften und linke Parteien die sich anbahnenden Grenzen der materiellen Wachstumsressourcen nicht Ernst nahmen und weiterhin daran glaubten, die Lösung aller Zukunftsprobleme, wie Beschäftigung und ökologische Herausforderungen, in Wachstum, Wachstum und noch mal Wachstum suchen zu müssen. Diese Tatsache in der nötigen Schärfe hervorzuheben – ohne rechthaberisch Gewerkschaftsschelte betreiben zu wollen -, soll in erster Linie dazu dienen, den politischen Wurzeln der dramatischen Fehlentwicklung in den letzten 3 Dekaden auf den Grund zu gehen und alte Fehler vermeiden zu helfen.

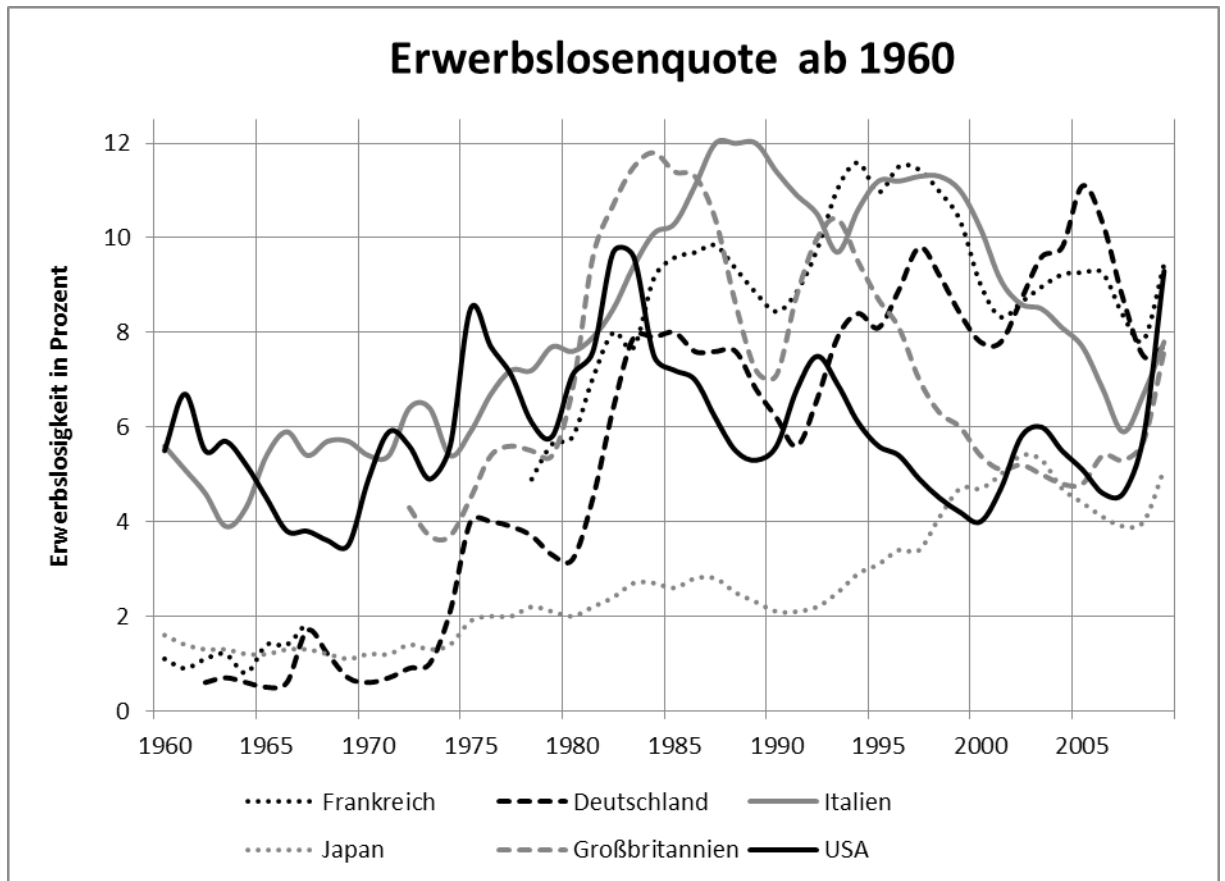
⁷ Ausführlicher dazu siehe. Karl Georg Zinn, 2009: Sättigung oder zwei Grenzen des Wachstums. John Maynard Keynes hat über die kleine Not des Augenblicks hinaus gedacht, in: Le Monde diplomatique, Juli 2009. Siehe ferner auch Reuter, Norbert, a.a.o.

Der Siegeszug des Neoliberalismus und die Stunde der falschen Propheten

Bereits Mitte der 1970er Jahre ist die Phase der Vollbeschäftigung (in Deutschland, Frankreich und Japan) bzw. der niedrigen Raten der Arbeitslosenquote (in Italien, Großbritannien, USA) vorbei. Mit der einzigen Ausnahme der USA schnell überall die Arbeitslosigkeit sprunghaft in die Höhe und bewegt sich über mehrere Dekaden auf hohem Niveau zwischen 6 und 12 % (Graphik 3). Für diese Entwicklung waren außer der historischen Tatsache von schrumpfenden Wachstumsreserven und zunehmender Sättigung des Konsums zwei weitere Faktoren maßgebend: (a) anhaltend steigende Produktivität als Folge der dritten technologischen Revolution und (b) steigende Beschäftigungsnachfrage seit Ende der 1960er Jahre vor allem bei den Frauen.⁸ In Deutschland wurden bereits Anfang der 1980er Jahre ca. 1 Million Arbeitslose gezählt – ein erster Höhepunkt nach Jahrzehnten der Vollbeschäftigung.

Graphik 3

⁸ Vgl. Bontrup/Niggemeyer/Melz, 2007: Arbeitfairteilen, Hamburg, S. 45 ff.



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis der Daten von OECD.Stat-Extracts und für Deutschland bis 1990: Statistisches Bundesamt.

In Deutschland – um ein Beispiel hervorzuheben – glaubte Helmut Schmidt, der letzte keynesianische Bundeskanzler, dennoch allen Ernstes, die Massenarbeitslosigkeit durch einen Einwanderungsstopp (die populistische Parole lautete damals „das Boot ist voll“), vor allem aber durch Wachstum überwinden zu können. Unbeirrt setzte er durch eine klassisch keynesianische Ausgaben- und Schuldenpolitik auf Wachstum und konterte auf den Vorwurf seiner neoliberalen Widersacher, er sei der erste Kanzler des Nachkriegs-Deutschlands, dem steigende Inflation keine Sorgen bereiteten, mit dem Argument „ihm seien 5% Inflation lieber als 5% Arbeitslosigkeit“. Die Alternative zwischen Pest und Cholera, die Helmut Schmidt anbot, war nicht nur ein Offenbarungseid des Kanzlers, sie öffnete dem Neoliberalismus den Weg, das wirtschaftspolitische Vakuum auch in Deutschland zu füllen, das der klassische Keynesianismus im Begriffe war zu hinterlassen – in Margaret Thatchers Großbritannien und Ronald Reagans USA wütete der Neoliberalismus schon längst. Die zur Speerspitze des deutschen Neoliberalismus

gewendete FDP, mit dem amtierenden Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff an vorderster Front, beendete im Oktober 1982 die sozialliberale Bundesregierung Schmidt-Genscher und hob mit der konservativ-liberalen Regierung von Kohl-Genscher das neoliberale Zeitalter in der drittgrößten kapitalistischen Ökonomie der Welt aus der Taufe.

Hatten die Sozialdemokraten den Umstand der zur Neige gehenden Wachstumsreserven missachtet und übersehen, dass unter diesen Bedingungen klassisch keynesianische Instrumente, wie eine expansive Ausgabenpolitik, zu mehr Inflation, aber nicht zu mehr Arbeitsplätzen führen, so machten die Neoliberalen nicht die sinkenden Wachstumsreserven, sondern ganz und gar ideologisch den Keynesianismus und die Staatsintervention für das Scheitern der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik verantwortlich. Mehr noch: auch sie versprachen, die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit durch Wachstum und dieses allerdings - ganz im Sinne der neoliberalen Ideologie - durch weniger Staat und mehr Markt erzielen zu wollen. Der Neoliberalismus konnte sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch deshalb als Alternative zur Sozialdemokratie und zum Keynesianismus anbieten und mit geringem Aufwand beides ablösen, weil er nahtlos an den allgemeinen Konsens des Fetischs Wachstum als Allheilmittel aller gesellschaftlichen Probleme anknüpfen konnte. Das sogenannte Lambsdorff-Papier vom 9. September 1982⁹ – so etwas wie das erste neoliberale Manifest in deutscher Sprache - wurde nicht zufällig unter der Überschrift *Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit* in Umlauf gebracht. Bereits in diesem Papier werden die inzwischen als neoliberal bekannten Maßnahmen wie Sozialabbau, Lohnsenkung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Verlängerung der Arbeitszeit, Entlastung der Unternehmer etc. - freilich verklausuliert unter verharmlosenden bis positiven Begriffen, wie Anpassung, Konsolidierung, Bürokratieabbau, Anreize, verpackt - aufgelistet. Diese Maßnahmen wurden bekanntlich

⁹ Otto Graf Lambsdorff, 1982: Sparkonzept, in: Dokumentation Nr. 9/82 des Bundesministeriums für Wirtschaft

allesamt, kurioser weise am konsequentesten unter der rot- grünen Bundesregierung Schröder-Fischer mit ihrem Programm *Agenda 21*, auch umgesetzt.

Wachstum durch Umverteilung

Das keynesianische Wachstumsmodell beruhte immerhin auf Wertschöpfung und substanzieller Wertsteigerung. Wie wollten aber die Neoliberalen Wachstum erzielen und ihr Versprechen von neuen Arbeitsplätzen einlösen? Die Antwort lautet im Ergebnis: *erstens* durch Verbilligung der Arbeit und *zweitens* durch Verbilligung der Natur. Auf diese Wachstumsstrategie zielten Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Liberalisierung des Handels und Privatisierung der öffentlichen Güter, allesamt Instrumente aus dem neoliberalen Gedankengut. Indem Neoliberale nicht müde wurden, mehr Wachstum und Arbeitsplätze, mehr Wohlstand, mehr Freiheit, mehr Glück und was nicht noch alles von diesen Wunderinstrumenten abhängig zu machen, ist es ihnen, wie wir wissen, tatsächlich auch gelungen, Parteien und Regierungen, weit über ihr eigenes traditionelles politisches Lager hinaus, den neoliberalen Geist weltweit zu etablieren und die gesamte Elite und die Massenmedien ihrer *kulturellen Hegemonie* unterzuordnen.

Die Verbilligung der Arbeit war die Reaktion hoch produktiver Ökonomien wie die deutsche Wirtschaft auf sinkende Wachstumsreserven innerhalb der eigenen Volkswirtschaft einerseits und auf die wachsende Konkurrenz von weniger produktiven Niedriglohn-Ökonomien (Süd- und Osteuropa und Schwellenländer wie China) andererseits. Diese Strategie wurde in Abhängigkeit von der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht (s. u.) mit unterschiedlichem Erfolg durchgesetzt. So stiegen die Löhne im Zeitraum 2000-2009 in Deutschland durchschnittlich um 21%, in Frankreich um 32%, im EU-Durchschnitt um 35%, in Süd- und Osteuropa und China - hier allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau - um deutlich mehr. Damit gelang es den hoch produktiven Ländern wie Deutschland, ihre Marktanteile in Konkurrenz zu China – weiterhin ein Niedriglohnland -

auf den internationalen Märkten, vor allem in den USA, zu halten oder sogar auszubauen.

Doch beruht diese Strategie nicht auf einem Wachstum durch Wertschöpfung, sondern auf Umverteilung und zwar im doppeltem Sinne: zum einen durch Umverteilung von unten nach oben innerhalb der eigenen Volkswirtschaft mit der Folge einer sinkenden Massenkaukraft, und zum anderen durch Verdrängungswettbewerb und Wachstumsumverteilung – im Ergebnis also einem Nullsummenspiel – zu Lasten anderer Staaten. Einige Länder, wie die Niederlande, Österreich vor allem aber Deutschland, erzielten in diesem Prozess Export- und Devisenüberschüsse, die Verliererstaaten, wie Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland mussten dagegen Importüberschüsse, Leistungsbilanzdefizite und steigende Verschuldung verbuchen. Besonders drastisch wirkte sich diese Politik für Griechenland aus, und war - nach übereinstimmender Auffassung kritischer Ökonomen - der entscheidende Grund für den drohenden Bankrott dieses Landes mit Folgen auch für andere südeuropäische Staaten.¹⁰ Um Pleiten in Südeuropa zu vermeiden, war die EU gezwungen, mit einem gigantischen Rettungspaket im Umfang von über 700 Mrd. € zu intervenieren. Damit wurde der Kreislauf der absurden Politik der Umverteilung geschlossen: von der Lohnsenkung in Deutschland und deutschen Export- und Leistungsbilanzüberschüssen hin zur Arbeitsplatzvernichtung, zu Importüberschüssen, Leistungsbilanzdefiziten und Verschuldung in Südeuropa bis zum Rettungspaket und zur Abwälzung von dessen Kosten auf die Lohn- und Gehaltsabhängigen in Deutschland. Genau genommen sind Gewinner und Verlierer am Ende dieser Kette von Umverteilungen nicht die Volkswirtschaften von Deutschland bzw. Griechenland. Vielmehr sind Gewinner die reichen Eliten und die Verlierer die Lohn- und Gehaltsabhängigen in beiden Staaten.

¹⁰ Vgl. dazu u. a. Krugman, Paul, in Frankfurter Rundschau vom 19 Februar 2010; Flassbeck, Heiner, in Freitag vom 18 Februar 2010

Seit der neoliberalen Wende sind in allen Ländern die Reichen tatsächlich reicher und die Armen ärmer geworden.¹¹ In Deutschland ist die bereinigte Lohnquote in den alten Bundesländern von 71 % (1980) auf 65,2 % (1991) gefallen. Auch im vereinigten Deutschland setzte sich dieser Trend fort, die bereinigte Lohnquote sank von 71 % (1991) auf 69,8 % (2009).¹² Nach Berechnungen der Wirtschaftsabteilung von Verdi betrug die Umverteilung von unten nach oben „in den letzten zehn Jahren jeweils 500 Milliarden Euro“.¹³

Außer auf die Verbilligung der Arbeit zielte die neoliberale Wachstumsstrategie auf die Verbilligung der Natur - eben des anderen wichtigen Kostenfaktors. Diese Strategie muss angesehen werden als Reaktion erstens auf steigende Rohstoff- und Energiekosten, die als Folge steigender Verhandlungsmacht der Ressourcenstaaten des Südens (Beispiel: Energiekrisen 1974 und 1979) längst im Gange war, und zweitens auf steigende Umweltkosten als Folge des Widerstands der internationalen Umweltbewegung. Der Kern einer Politik der Herabsenkung von Rohstoffpreisen bestand darin, eine strukturelle Überproduktion und sinkende Preise bei möglichst allen Rohstoffen (Dumpingpreissystem)¹⁴ herbeizuführen. Die Liberalisierung der globalen Rohstoffmärkte und Strukturanpassungsprogramme des IWF für die rohstoffreichen Länder des Südens zielten allesamt u. a. auf den raschen Abbau der Rohstoffe und auf die Rohstoffexportexpansion. Bei strategisch wichtigen Energieressourcen implizierte diese Politik sogar eine massive Forcierung der Geopolitik einschließlich neuer Kriege, in die die USA und die NATO-Staaten noch immer verwickelt sind.¹⁵ Zu dieser Politik der Verbilligung des Faktors Natur gehörte beispielsweise die Energiepolitik der Bush-Regierung in den USA selbst: Ausbau der Kohleproduktion, Entscheidung für die Ölförderung in Alaska, Erleichterungen für Tiefseebohrungen überall und

¹¹ Vgl. Massarrat, Mohssen 2009: Reiche aller Länder, bereichert Euch, in: Krull/Massarrat/Steinrücke 2009: Schritte aus der Krise, Hamburg.

¹² Ausführlicher s. Schäfer, Claus, 2009: WSI-Verteilungsbericht, in WSI Mitteilungen 12/2009.

¹³ Riexinger, Bernd 2009: Perspektiven des Protests, in: Sozialismus, Heft 7-8/2009.

¹⁴ Sehr ausführlich über die politischen und ökonomischen Mechanismen zur Etablierung von Dumpingpreisen bei Rohstoffen vgl. Massarrat, Mohssen 2000: Das Dilemma der ökologischen Steuerreform, Hamburg, vor allem im Kapitel 9 Überproduktion durch neoliberale Planwirtschaft, S. 123 ff.

¹⁵ Massarrat, Mohssen 2006: Kapitalismus – Machtungleichheit – Nachhaltigkeit, Hamburg, vor allem Kapitel 3, S. 73 ff; derselbe 2003: Amerikas Weltordnung Hegemonie und Kriege um Öl, Hamburg

vor allem im Golf von Mexiko, die dort im Sommer d. J. die bisher größte Umweltkatastrophe in der Geschichte der USA hervorrief. Bei genauerem Hinsehen ist auch diese Strategie der Verbilligung der Natur nichts anders als ein beschleunigter Verbrauch der Natur und somit eine Umverteilung des Wachstums von der Zukunft in die Gegenwart. Obendrein kommen durch den beschleunigten Naturverbrauch immense ökologische Kosten hinzu, die beispielsweise bei fossilen Energien durch die drastische Erhöhung von CO₂ anfallen und die angesichts des drohenden Klimawandels sowohl den gegenwärtigen wie aber auch den künftigen Generationen aufgebürdet werden. Auch die neoliberale Lösung für steigende Umweltkosten, die - durch Liberalisierung der Handels- und Kapitalmärkte forciert – sich darin erschöpft, alle Produktionsanlagen mit hohen Umweltkosten möglichst in Länder mit schwachen Umweltgesetzgebungen und korrupten Regimen auszulagern, ist eine Kostenexternalisierung in den Süden mit Wohlstands- und Wachstumseffekten im Norden - im Prinzip also eine Umverteilung.¹⁶

Das strategische Projekt des Neoliberalismus: Entmachtung von Gewerkschaften und Zementierung der Massenarbeitslosigkeit

Ausgehend vom Ergebnis und bei einer retrospektiven Betrachtung kann festgestellt werden, dass die neoliberale Wachstumsstrategie der Verbilligung der Arbeit zu einem Systemwechsel vom *Keynesianischen zum Neoliberalen Kapitalismus*¹⁷ führte und dass umgekehrt diese Strategie ohne diesen Systemwechsel unmöglich hätte durchgesetzt werden können. Dieser Wechsel setzte allerdings die Unterminierung der *tarifpolitischen Machtbalance*, damit die Zerschlagung des sozialen Fundaments zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, voraus. Die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften im Keynesianischen Kapitalismus mit einer nie da gewesenen Stärke sollte ein für allemal beendet werden. Statt der Machtbalance und einer ausgeglichenen Verteilung der Wertschöpfung sollte ein Machtgefälle zu Gunsten der Unternehmerseite und einer kapitalverträglichen Verteilung als

¹⁶ Näheres dazu Massarrat, Mohssen, 1997: Analysis Sustainability through cost internalisation: theoretical rudiments for the analysis and reform of global structures, in: Ecological Economics 22(1977)

¹⁷

Dauerzustand etabliert werden. Statt Tarifverhandlungen auf Augenhöhe zu führen, sollte die Kapitaleseite in die Lage versetzt werden, die Gewerkschaften vor sich her zu treiben, ihnen ihre Handlungslogik – das wichtigste Gut, das sie im Kapitalismus besitzen – schleichend zu nehmen, ihnen bei Tarifverhandlungen ihre Ziele zu diktieren und sie zu Gefangen Ihrer Taktik zu machen. Auf diese Weise sollte sichergestellt werden, dass den Gewerkschaften keine andere Möglichkeit verbleibt, als in der strukturellen Defensive zu verharren und zuzusehen, wie die sozialen Errungenschaften eine nach der anderen abgebaut werden. Hatten die Gewerkschaften ihre Stärke und ihre Kampfkraft im Keynesianischen Kapitalismus durch Vollbeschäftigung erreicht, so wurde Massenarbeitslosigkeit zur Achillesferse der gewerkschaftlichen Entmachtung und des neoliberalen Wachstumsmodells. Denn sie, die Massenarbeitslosigkeit, ist es, die den fruchtbarsten sozialen Boden für die Schwächung der Gewerkschaften liefert, sie ist es auch, die die noch Beschäftigten dauerhaft in Angst und Schrecken versetzt, den eigenen Job zu verlieren, die bei ihnen die Bereitschaft entstehen ließ, alle möglichen Zugeständnisse auf der Lohnseite, bei den Sozialleistungen, bei der Arbeitszeit hinzunehmen, um ja nicht in die Arbeitslosigkeit und in Hartz IV abzustürzen. Unter eben diesen Bedingungen konnte auch eine rigorose Machtverschiebung durchgesetzt werden, die den betroffenen Lohn- und Gehaltsabhängigen als ein quasi naturnotwendiger, unvermeidlicher und alternativloser Vorgang erschien - und leider immer noch erscheint -, der angeblich von den „Märkten“ herbeigeführt worden sei, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Tatsächlich rechtfertigten die Neoliberalen alle ihre „Reformen“ auf dem Arbeitsmarkt mit dem Vorwand, die Arbeitslosigkeit abzubauen, erreicht wurde aber das Gegenteil. Die Neoliberalen haben zu keinem Zeitpunkt allen Ernstes erwogen, Vollbeschäftigung zu erreichen. Ihre Politik zielte vielmehr bewusst auf die dauerhafte Spaltung der Gesellschaft in Arbeitslose und noch Beschäftigte, in brave, weil zu allen möglichen Zugeständnissen bereite Lohn- und Gehaltsabhängige und in „faule, arbeitsunwillige“ Menschen, die selbst an ihrem Schicksal der

Arbeitslosigkeit Schuld seien. Wie ist denn sonst zu erklären, dass auf dem Höhepunkt des neoliberalen Siegeszuges ausgerechnet eine Maßnahme, wie die Verlängerung der Arbeitszeit, zum wirtschaftspolitischen Dreh- und Angelpunkt für vermeintlich mehr Arbeitsplätze gemacht und auch in allen Bereichen, einschließlich des öffentlichen Sektors, durchgesetzt wurde, obwohl grade diese Maßnahme am unmittelbarsten zu noch mehr Arbeitslosigkeit geführt hat.

Tatsächlich stieg auch die Arbeitslosigkeit in allen Industriestaaten nach der neoliberalen Wende Ende der 1970er Jahre fast überall drastisch an (Graphik 3). In Deutschland erreichte die Arbeitslosigkeit in 2004 mit fast 5 Millionen den Höchststand seit der neoliberalen Wende. Sie ist nach offiziellen Statistiken bis 2010 auf 3,24 Millionen gesunken, allerdings nicht, weil neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, sondern weil ca. 1,4 Millionen Arbeitslose durch definitorische Umgruppierungen aus der offiziellen Statistik herausgenommen wurden. Ohne Berücksichtigung dieser Manipulation bleibt die Arbeitslosenzahl weiterhin auf dem Höchststand von 4,8 Millionen.¹⁸ Dabei ist in dieser Zahl die millionenfache Umwandlung von Vollzeitjobs in Teilzeit-, Midi- und Minijobs – davon sind vor allem Frauen betroffen – nicht eingerechnet. Dies gilt auch für 4,9 Millionen „geringfügig Beschäftigte“ und für zahlreiche „Aufstocker“, die ohne Hartz IV nicht auskommen.¹⁹ Auch die über 3 Millionen Hartz IV-Empfänger sind in Wirklichkeit Arbeitslose, die im neoliberalen Kapitalismus aus der Gesellschaft ausgegliedert und sich selbst überlassen werden. Auch die Hartz IV-Empfänger gehören insofern zum System, weil ihre menschenunwürdige Lage als Schreckgespenst die Jobbesitzer sehr wirkungsvoll zu allen Zugeständnissen nötigt.

Das Ergebnis dieses systematisch herbeigeführten Zustandes der ständigen Unsicherheit und Angst ist bekannt: Die Schaffung eines Niedriglohnsektors, die Forcierung des Leiharbeitssystems, die Praxis befristeter Einstellungen auch im Staatssektor, der Missbrauch der Praktikantenstellen mit Hungerlöhnen für Daueraufgaben etc., die

¹⁸ Ausführlicher dazu Lunapark, Heft 10, Sommer 2010, S. 2 f.

¹⁹ Ebenda.

allesamt dazu dienen, Lohndumping strukturell festzuschreiben und die Umverteilung von unten nach oben aufrechtzuerhalten. Altbundeskanzler Gerhard Schröder, der Hauptverantwortliche SPD-Politiker für das neoliberale Projekt Agenda 21, rühmte sich beim Weltwirtschaftsforum in Davos am 28.01.2005 unverhohlen seines Erfolges bei der Vorreiterrolle zur Schaffung des Niedriglohnsektors in Europa:

„...Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt... Wir haben einen funktionierenden Niedriglohnsektor aufgebaut, und wir haben bei der Unterstützungszahlung Anreize dafür, Arbeit aufzunehmen, sehr stark in den Vordergrund gestellt. Es hat erhebliche Auseinandersetzungen mit starken Interessengruppen in unserer Gesellschaft gegeben. Aber wir haben diese Auseinandersetzungen durchgestanden. Und wir sind sicher, dass das veränderte System am Arbeitsmarkt erfolgreich sein wird. ...“²⁰

In diesem System des Neoliberalen Kapitalismus wurden die Gewerkschaften tatsächlich geschwächt, in die Defensive gedrängt, zur Geisel des Neoliberalismus degradiert und ihnen letztlich auch der Möglichkeit einer offensiven Gewerkschafts- und aktiven Gesellschaftspolitik beraubt.

Von der neoliberalen Umverteilung zur Weltwirtschafts- und Finanzkrise

Ist Überproduktion und Überakkumulation unter normalen Bedingungen im Kapitalismus der ökonomische Hebel eines neuen Gleichgewichts und der „schöpferischen Vernichtung“ des überschüssigen Kapitals (Schumpeter), so verliert dieser dem Kapital innewohnende Mechanismus im neoliberalen Akkumulationsmodell seine stabilisierende Funktion; mehr noch: In dem Moment, in dem die Renditen in der Realwirtschaft auf Grund einer strukturellen Überakkumulation und Überproduktion zu sinken beginnen, ändert auch das Kapital seine Richtung weg von der produktiven Realwirtschaft und hin zum unproduktiven aber dennoch höhere Rendite versprechenden Finanzsektor. Damit hat auch die Stunde

der Verwandlung des produktiven Kapitals in das unproduktive Finanzkapitals und die Entstehung eines über der Realwirtschaft schwebenden Finanzsektors geschlagen. Im Unterschied zum „normalen“ Finanzsektor, der hinsichtlich seiner Kreditversorgungsfunktion ein existenzieller Bestandteil des kapitalistischen Akkumulationskreislauf darstellt, kann sich der neuartige Finanzsektor von der Realwirtschaft abkoppeln, da dieser selbst zum Gravitationsort von Kapitalinvestitionen mutiert und unter bestimmten Bedingungen sogar auch die Fähigkeit entwickelt, der Realwirtschaft die Renditeentwicklung zu diktieren.

Die strukturelle Überakkumulation begann tatsächlich bereits Ende der 1970er Jahren und zwar als Folge des sinkenden Investitionsbedarfs im Zuge sinkender Wachstumsreserven sowie steigender Sättigungs- und Nachfragetendenzen. Den entscheidenden Auftrieb erhielt dieser neuartige Finanzsektor jedoch erst nach der erfolgreichen Durchsetzung sinkender Löhne, so auch der Umverteilung von unten nach oben und letztlich durch die Liberalisierung der weltweiten Kapital- und Finanzströme in den 1980er und 1990er Jahren. Der Jagd nach kurzfristig höheren Renditen, der Umleitung von gigantischen bis dato produktiv angelegten Kapitalmassen in den neuen Finanzsektor und der Entfaltung einer alles dominierenden Atmosphäre der Spekulation war fortan Tür und Tor geöffnet. Wie wir längst wissen, führte die heuschreckenartige Renditeerzielung durch Kurzfristigkeit der Anlagetätigkeiten und beschleunigte Beweglichkeit der Finanzkapitalströme in den letzten drei Jahrzehnten zur Entstehung von Finanzblasen, die von Südamerika über Russland, Südostasien und Europa nacheinander alle Kontinente heimsuchten, um dann die Welt in die zweite Wirtschafts- und Finanzkrise zu stürzen.²¹

Dieser neuartige Finanzsektor stellt allerdings einen gegenüber der Realökonomie sich verselbständigenden Machtfaktor dar, der mehr oder weniger unsichtbar in alle Politikbereiche hineinwirkt und letztere in den Dienst höherer Renditen der Eigentümer des Finanzkapitals, also der

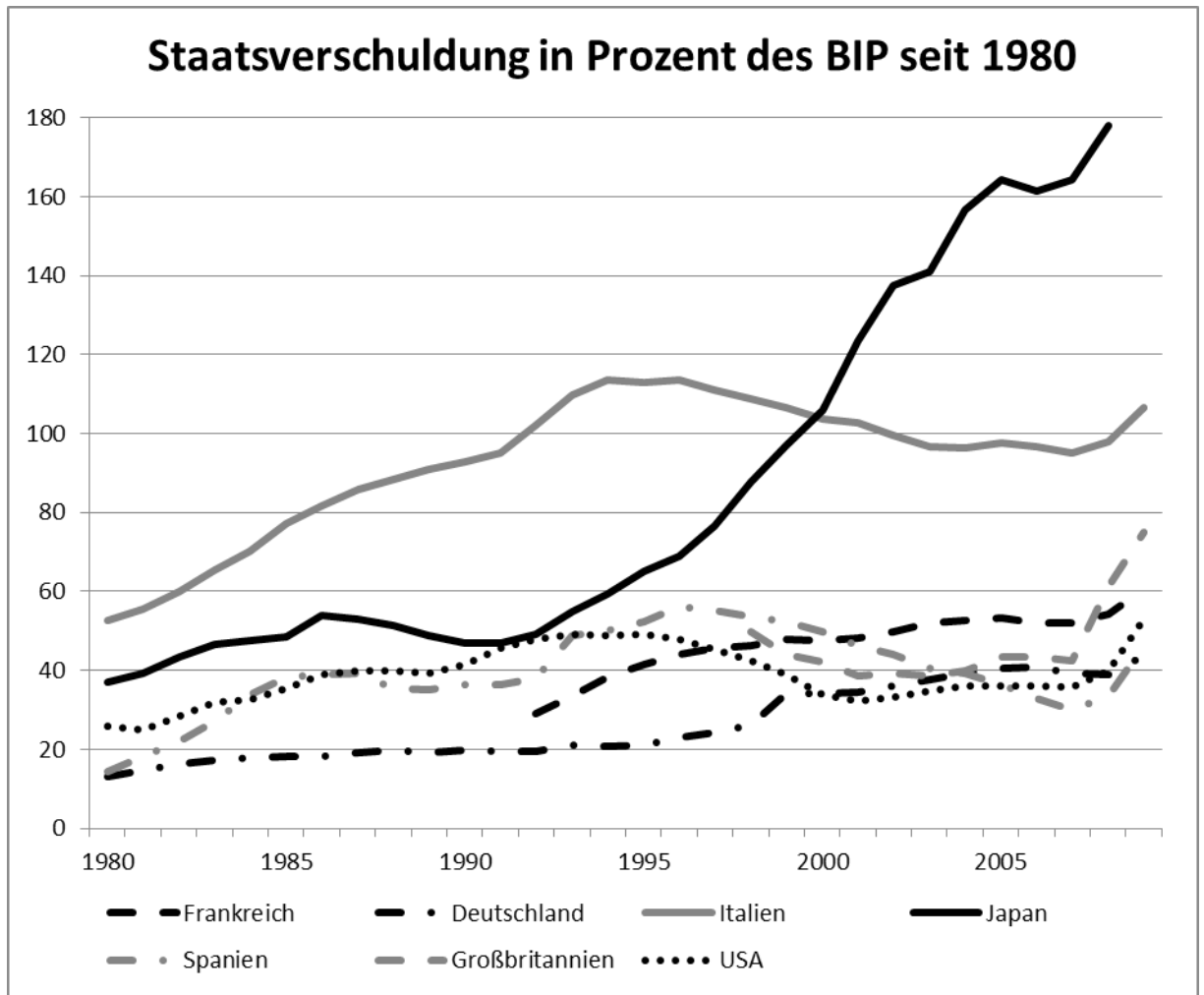
²¹ Vgl. dazu Huffs Schmid, Jörg 2002: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg; Stiglitz, Joseph 2010: Im Freien Fall, München, S. 57 ff.

Investmentbanken, und einer dünnen Schicht der spekulierenden Vermögensbesitzer stellt. Er entwickelte sich dadurch zu einem Machthebel der Reichen, weil es einer Schar von hoch bezahlten Finanzexperten gelang, komplexe und vor allem intransparente Finanzprodukte, wie Derivate, Hedgefonds, Leerverkäufe etc, zu kreieren, die niemand außer ihnen selbst zu durchschauen in der Lage war. Mit dem *Monopol eines Informationsvorsprungs* verwandelte sich der internationale Finanzsektor dann in eine Machtbastion der Reichen. Im Vertrauen auf die absurde Annahme, *alles ist richtig, was für den Finanzsektor gut ist*, folgte die gesichtslose Mehrheit der politischen Klasse in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten den *Finanzalchemisten* und legitimierten politisch so gut wie alles, was man ihnen vorsetzte. So war es für die Finanzwelt dann auch ein leichtes Spiel, dank dieses ihres Monopols, über Jahre und Jahrzehnte nicht nur die politische Klasse wie eine Schafsherde vor sich her zu treiben, sondern eine Finanzblase nach der andern zu produzieren, Währungskrisen zu erzeugen, Staatsverschuldungen drastisch in die Höhe treiben zu lassen, die Grundlagen sozialer Errungenschaften zu erschüttern, Regierungen zu Rettungspaketen zu nötigen oder gar ganze Staaten in den Bankrott zu stürzen.

Dieser Finanzsektor wurde, vom Ergebnis her betrachtet, zu einer unsichtbaren Maschinerie der Umverteilung und Kanalisierung eines beträchtlichen Teils der Wertschöpfung hin zu unproduktiven Kapital-Abschiebebahnhöfen der Vermögenden. Vereinfacht dargestellt, vollzieht sich der über die Realökonomie etablierte finanzkapitalistische Kreislauf der Umverteilung wie folgt: sinkende Löhne dank Massenarbeitslosigkeit, sinkende Massenkaufkraft, Überakkumulation, Kanalisierung des überschüssigen Kapitals in den Finanzsektor, spekulative Investitionen, Finanzblasen und Zusammenbruch von „systemrelevanten“ Banken, staatliche Rettungspakete, steigende Staatsverschuldung und schließlich Abbau der Sozialausgaben. Chronologisch erfolgte die politische Durchsetzung aller Instrumente neoliberaler Finanzpolitik, wie die Liberalisierung der Finanzmärkte und die Kreierung immer subtilerer Finanzprodukte, tatsächlich erst in den 1990er Jahren und nach der längst in Gang gekommenen Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, der sinkenden Lohnquote.

Wie die Graphik 4 veranschaulicht, ist die Staatsverschuldung aller großen kapitalistischen Staaten seit 1980 - also seit der längst in Gang gekommenen neoliberalen Wende - im Verhältnis zum Brutto-Inlandsprodukts sukzessive und seit 2008, dem Beginn der zweiten Weltwirtschafts- und Finanzkrise, sogar dramatisch gestiegen. Diese Verschuldung ist, so gesehen, auch ein Merkmal für das neoliberale Akkumulationsmodell, in dem nicht mehr ein sich selbst tragendes, sondern, wenn überhaupt, ein auf Pump gestütztes Wachstum stattfindet. Die USA mit ihren über 7000 Milliarden Schulden als größte Schuldernation der Welt können ihre Schulden mittels ihres Monopols am Dollar als globaler Leitwährung auf ihre Gläubiger, wie z. B. China, und letztlich auf die gesamte Welt, abwälzen. Und die übrigen Staaten wälzen ihre expandierenden Schulden letztlich auf die Lohn- und Gehaltsabhängigen und die Mittelschichten der eigenen Gesellschaften ab. Was sich aber insofern und überall als steigende öffentliche Verschuldung niederschlägt, befindet sich zu einem beträchtlichen Teil inzwischen als Vermögen in der Hand einer dünnen Schicht von Dollarmilliardären, das diese Dank des Neoliberalismus in den letzten drei Dekaden auf unterschiedlichste Weise den Volkswirtschaften der Welt entzogen haben, um ihre Eigentums- und Vermögensmacht weiter zu vermehren.

Graphik 4



Quelle: OECD. Stat-Extracts

So gesehen ist das neoliberale Akkumulationsmodell als Ganzes ökonomisch ein Stagnationsmodell und auf Pump gebaut, das im Ergebnis jedoch nichts anderes bezweckte als hinter dem Rücken der Betroffenen - den Besitzlosen der Welt und künftigen Generationen - zu nehmen und den Milliardären zu geben. Dabei mögen die Methoden, mit deren Hilfe Neoliberale ihr Akkumulationsmodell als alternativlos durchgepeitscht haben als paradox und unvorstellbar erscheinen. Ihnen, den neoliberalen Wortführern und ihren ahnungslosen Helfershelfern in den Parteien und Regierungen, ist sogar das Kunststück gelungen, unter dem lautstark vorgetragenen Vorwand des Abbaus der selbst produzierten Staatsverschuldung (die Staatsverschuldung sei das „Unsozialste“, was es überhaupt gäbe – so Finanzminister Eichel in der rotgrünen Bundesregierung) - einen ungeheueren moralischen Druck zu erzeugen, um dann umso leichter den Sozialstaat umzukrempeln und

schamlos viele soziale Errungenschaften der Nachkriegsgeschichte eine nach der anderen abzuschaffen.

Hegemoniales Gegenprojekt: Arbeitszeitverkürzung und Wachstumsumschichtung

Die Bilanz des neoliberalen Akkumulationsmodells ist verheerend: Statt Überwindung der Arbeitslosigkeit brachte der Neoliberalismus weltweit Massenarbeitslosigkeit, sinkende Löhne, eine gigantische Umverteilung, schließlich die zweite Weltwirtschafts- und Finanzkrise und eine allgemeine Verschuldung unvorstellbaren Ausmaßes zu Lasten von Lohn- und Gehaltsabhängigen, von Mittelschichten und künftigen Generationen hervor. Hinzu kommen eine tiefe Spaltung der Gesellschaft, die Schwächung von Gewerkschaften, die Entsolidarisierung zwischen regulär Beschäftigten und Leiharbeitern, zwischen Jobbesitzern, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, schließlich krankmachende Verlustängste um Arbeitsplatz, um Status und soziale Beziehungen. Statt Wachstum und mehr Wohlstand bescherte die neoliberale Politik der Menschheit eine wachsende Schere zwischen Armen und Reichen ein Verschuldungs- und CO₂-Wachstum, ein Atommüllwachstum und ein Wachstum von globalen Konflikten um Marktanteile und Ressourcen. Nicht zufällig fallen auch Phänomene wie der Kampf der Kulturen und fundamentalistische Bewegungen an den extremen Polen der Weltgesellschaft genau mit dem Aufschwung des Neokonservatismus und des Neoliberalismus seit Beginn der 1980er Jahre zusammen. In den hochentwickelten kapitalistischen Ländern entstand als Ergebnis von Jahrzehnten neoliberaler Politik vor allem bei den jüngeren Generationen ein Gefühl der Perspektivlosigkeit, das eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie darstellt und das sich bestens dafür eignet, den Boden für Demagogen und Populisten fruchtbar zu machen. Es ist auch sicherlich kein Zufall dass ausgerechnet neoliberale Politiker, wie Wolfgang Clement und Thilo Sarrazin in Deutschland, die als Finanzminister Wirtschaft und Gesellschaft mit in den Ruin stürzten, sich nun als Sozialdarwinisten verdingen und im Begriff sind, die Spaltung der

Gesellschaft durch das Schüren neuer Ängste à la „Deutschland schafft sich selber ab“ und durch die Mobilisierung rassistischer Ressentiments zu zementieren.

Der Neoliberalismus konnte sich als Scheinalternative zum klassischen Keynesianismus anbieten und durch Verknüpfung von ökonomischen Zielen wie Wachstum und Arbeitsplätze mit soziokulturellen Werten, wie mehr individueller Freiheit, weniger Staat, Abbau der Bürokratie etc., gesellschaftliche Kräfte für das eigene hegemoniale Projekt bündeln. Erst durch eine langanhaltende *Massenarbeitslosigkeit* und die Verschiebung der Machtverhältnisse durch die Schwächung, richtiger faktische Entmachtung der Gewerkschaften, setzte sich der neoliberale Geist erst flächendeckend und tief in den Poren der Gesellschaft durch. *Deshalb darf auch die Massenarbeitslosigkeit nicht länger als eine Art naturgesetzliche Konstante hingenommen werden. Nur durch ihre Überwindung dürfte es auch möglich werden, dem Neoliberalismus den Boden, auf dem er dreißig Jahre lang gedeihen konnte, zu entziehen.* Die Überwindung des Neoliberalismus steht aber und grade jetzt auf der politischen Agenda, nachdem dessen Scheitern wie nie zuvor so offensichtlich geworden ist. Dreißig Jahre neoliberale Logik sind mehr als genug. Jetzt kommt es darauf an, dass die Opfer dieser Logik anfangen, sich auf die Logik der ureigenen existenziellen Interessen, auf die Herstellung von menschenwürdigen Lebensbedingungen *für alle* zu besinnen, die den Gewerkschaften in der Nachkriegszeit die Handlungsstärke und der Gesellschaft bis zur neoliberalen Wende insgesamt die notwendige Grundlage für soziale Reformen verliehen haben.

Vollbeschäftigung neuen Typs

Eine Vollbeschäftigung durch Wachstum nach klassischem keynesianischen Muster ist unter den Bedingungen schrumpfender Wachstumsreserven, relativer Konsumsättigung und weiterhin steigender Produktivität unrealistisch. Auch Wachstumsraten von jährlich 1-2%, die

in den letzten zwei Dekaden erzielt wurden, kamen nicht durch Wertschöpfung, sondern durch Umverteilung zu Lasten anderer Volkswirtschaften zustande. Ein weiteres Schielen auf Wachstum durch Exportsteigerungen oder auf kurzfristige Maßnahmen wie Kurzarbeit kommt einer künstlichen Beatmung des Neoliberalismus gleich und verlängert nur noch dessen Leben. *Die einzig verbleibende Möglichkeit ist eine Vollbeschäftigung neuen Typs, durch Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Umverteilung der vorhandenen Arbeitsplätze auf alle Arbeitssuchenden.* Damit müsste die flächendeckende Arbeitszeitverkürzung als das Herzstück eines strategischen Gegenprojekts zum Neoliberalismus erklärt und zum Ausgang eines weit über die Tarifverhandlungen hinausgehenden gesamtgesellschaftlichen Projektes gemacht werden. Um in dieser Perspektive die politische und kulturelle Hegemonie zu gewinnen, bedarf es der Bündelung aller zivilgesellschaftlichen Kräfte, die letztlich davon profitieren könnten. Und das sind mit Ausnahme von neoliberalen Ideologen, den Finanzspekulantinnen und einer dünnen Schicht der Vermögensbesitzer fast alle sozialen Schichten, selbst diejenigen, die aus der Erwerbsarbeit aussteigen wollen. Denn auch ein Ausstieg aus der Erwerbsarbeit und die Option für selbstbestimmte Tätigkeiten - sicherlich ein berechtigtes Anliegen vieler Menschen - hätte erst dann eine realistische Chance, auf breite Zustimmung zu stoßen, wenn Gewerkschaften und alle Reformkräfte ihre volle und im Neoliberalismus abhanden gekommene Gestaltungskraft wieder zurückgewonnen haben würden.

Kulturelle Hegemonie zurückgewinnen, aber wie?

Durch Arbeitszeitverkürzung würde der Gesellschaft insgesamt nicht nur mehr Zeit für die Familie, für gleichberechtigte Kindererziehung, für Gesundheitspflege und allerlei kreative Tätigkeiten zur Verfügung stehen, sondern auch mit einer neuen sozialen Grundlage ausgestattet werden, die ermöglicht, die Umverteilung von unten nach oben im Interesse der Steigerung der Massenkaukraft umzukehren. Die Bündelung der Kräfte setzt allerdings voraus, dass alle anderen sozialpolitischen Ziele und

partielle Verteilungsfragen, zunächst unter das strategische Projekt der Arbeitszeitverkürzung untergeordnet werden, da sonst der Spaltpilz um sich greifen und das strategische Projekt der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, ganz im Sinne des Fortbestandes des Neoliberalismus zu Fall bringen würde. Auch dem letzten Egoisten, der nicht bereit ist, mögliche kurzfristige eigene Vorteile gegen Solidarität mit anderen einzutauschen, müsste die Einsicht vermittelt werden, dass er unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit langfristig wie bisher weniger Lohn bei noch mehr Arbeit bekommt und damit auch zu den Verlieren gehört Gerade hier kommt der Gewerkschaftsführung eine nicht zu unterschätzende Verantwortung zu.

Im übrigen würde durch die Verhinderung der Umverteilung von unten nach oben gleichzeitig die eigentliche Quelle der Kapitalüberproduktion und Finanzspekulation und damit auch die Hauptursache für die Abkoppelung des Finanzsektors, wie sie im neoliberalen Zeitalter entstand, wegfallen und so neue Finanzkrisen am wirkungsvollsten - sozusagen an der Quelle - ausgemerzt werden. Vollbeschäftigung neuen Typs durch Arbeitszeitverkürzung wäre - so überraschend dieser Zusammenhang auch erscheinen mag - also auch ein wichtiges Instrument zur Entmachtung des Finanzkapitals und zur Rückführung der Wertschöpfung in den Kreislauf der Realökonomie.

Wachstumsumschichtung und mehr Zeitwohlstand

Die Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung von Arbeit und Einkommen ist gleichzeitig auch die historisch angemessene Antwort auf die Grenzen des Wachstums, weil dadurch die Gesellschaft im Postneoliberalismus, nachdem Präkarität, Perspektivlosigkeit, Verlustängste und viele andere Unzulänglichkeiten weitgehend überwunden wurden, erstmals wieder in der Lage sein dürfte, die einmal nach der Krise des Keynesianismus verpassten Chancen nachzuholen und durch eine solide *Wachstumsumschichtung* sozialökologische Reformen durchzuführen:²²

²² Vg Massarrat, Mohssen2009: Weniger wachsen – weniger arbeiten. Eine realistische alternative, in: Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär 13/2009

weg von Exportexpansion und hin zur Stärkung der Binnenpotentiale; weg vom atomar-fossilen Energiepfad und hin zum massiven Ausbau regenerativer Energien; weg vom Individualverkehr und hin zum Ausbau des öffentlichen Verkehrssektors und moderner Mobilitätssysteme sowie ferner Ausbau des öffentlichen Sektors in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Sport, Kultur, Alterspflege und allen Bereichen der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge.

Die Arbeitszeitverkürzung und Vollbeschäftigung neuen Typs ist nach obigen Überlegungen ein *hegemonial strategisches Projekt* für einen umfassenden sozialökologischen Umbau der Gesellschaft. Es bedeutet eine Reduktion des Erwerbsarbeitsvolumens und damit des Potential für das konventionell monetäre Wachstum bei gleichzeitigem Wachstum von qualitativen, monetär aber nicht messbaren Werten in den sozialen und kulturellen Bereichen der Gesellschaft. Steigender Zeitwohlstand ist somit die Quelle eines neuartigen gesellschaftlichen Reichtums, die auch unabhängig von der Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse, und zwar schon jetzt, erschlossen werden kann. Und es gibt keinerlei politische und moralische Rechtfertigung, diese Aufgabe zu vertagen.